

Eine Perspektive für jedes Kind

UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2025

Zusammenfassung und Empfehlungen

Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2025 „Eine Perspektive für jedes Kind“ wurde vom Deutschen Jugendinstitut im Auftrag von UNICEF Deutschland erstellt. Der Bericht ist zusammen mit der weiterführenden Datenbank zum kindlichen Wohlbefinden verfügbar unter www.unicef.de/cwb-datenbank.

Kontakt:

Dr. Sebastian Sedlmayr, Leiter Stabsstelle Advocacy und Politik
Tel. 030 275 80 79 10
sebastian.sedlmayr@unicef.de

Jan Braukmann, Forschung und Monitoring
Tel. 0221 93 650 0
jan.braukmann@unicef.de

EINE PERSPEKTIVE FÜR JEDES KIND

UNICEF-BERICHT ZUR LAGE DER KINDER IN DEUTSCHLAND 2025

ZUSAMMENFASSUNG UND EMPFEHLUNGEN

Mit guten Perspektiven aufwachsen – für die meisten Kinder in Deutschland erfüllt sich dieser Anspruch. Doch ein beträchtlicher Anteil der jüngsten Generation hat nach den aktuell vorliegenden Daten geringe Chancen, das Recht auf eine gute Entwicklung, eine gute Bildung, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe einzulösen. Der Abstand zwischen den Entwicklungschancen bestens unterstützter und besonders benachteiligter Kinder wächst. Um diesen Trend umzukehren, empfiehlt UNICEF Deutschland, gezielt die Startchancen von Kindern zu verbessern und in das große Potenzial einer vielfältigen Generation zu investieren. Gute gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen und wirksame Investitionen können diesen Kindern Perspektiven bieten und damit einen wichtigen Beitrag für eine insgesamt prosperierende Gesellschaft leisten.

Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2025 bietet eine breite Übersicht über die verschiedenen Dimensionen des Aufwachsens von aktuell knapp 14 Millionen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren und konkrete Anregungen für eine zukunftsfeste Politik für Kinder. Der Bericht wurde im Auftrag von UNICEF Deutschland vom Deutschen Jugendinstitut unter Beteiligung von 27 wissenschaftlichen Expertinnen und Experten sowie von 23 Jugendlichen erstellt. Begleitet durch eine umfangreiche, frei zugängliche Datenbank (www.unicef.de/cwb-datenbank) und anknüpfend an die UNICEF-Berichte der letzten Jahre bietet er eine am internationalen UNICEF-Modell des Child Well-Being (kindliches Wohlbefinden) orientierte Übersicht über die gegenwärtige Lage der Kinder in Deutschland und beleuchtet bestehende Handlungsbedarfe.

DIE MATERIELLE SITUATION: ARMUT ZEIGT SICH KONKRET IN EINGESCHRÄNKTEN PERSPEKTIVEN

Bei rund 1,3 Millionen Kindern und Jugendlichen in Deutschland (9 Prozent aller Kinder) zeigt sich Armut ganz konkret im Alltag. Grundlegende Bedürfnisse können nicht gestillt werden, da beispielsweise vollwertige Mahlzeiten fehlen, kein zweites Paar Schuhe vorhanden ist, eine einwöchige Urlaubsreise im Jahr nicht bezahlt oder die Wohnung nicht beheizt werden kann. Bei diesen Armutsindikatoren schneidet Deutschland im europäischen Vergleich nicht gut ab. Wirtschaftlich starke Länder wie Finnland oder Norwegen, aber auch wirtschaftlich schwächere wie Slowenien oder Portugal zeigen bessere Ergebnisse.

Armut wirkt sich auf alle Lebensbereiche von Kindern aus, auch auf ihre Freizeit. Armutsgefährdete Kinder lesen seltener Bücher (33 Prozent) als nicht-armutsgefährdete Kinder (42 Prozent), sie treiben seltener Sport (52 Prozent vs. 60 Prozent) und treffen seltener Freunde (42 Prozent vs. 48 Prozent). In Deutschland können sich knapp ein Viertel der Kinder aus armutsgefährdeten Familien Freizeitaktivitäten nicht leisten. Norwegen mit nur 5 Prozent und Finnland mit 7 Prozent der armutsgefährdeten Kinder zeigen, dass mit entsprechenden Rahmenbedingungen mehr gesellschaftliche Teilhabe möglich ist.

Besonders die Wohnsituation in Deutschland gibt Grund zur Sorge: 44 Prozent der armutsgefährdeten Kinder leben in überbelegten Wohnungen. Noch prekärer ist die Situation für die rund 130.000 wohnungslosen Kinder, die kommunal untergebracht werden, sowie die vielen Tausend Kinder in Unterkünften für geflüchtete Menschen. Ihr Alltag, ihre Teilhabe und damit auch ihre Lebensperspektiven sind im Vergleich zu vielen anderen Kindern in Deutschland deutlich beschränkt.

1,9 Millionen Kinder (12 Prozent) sind auf staatliche Unterstützung durch Grundsicherungsleistungen angewiesen. Für Kinder ist es besonders problematisch, wenn die Leistungen unzureichend sind oder aufgrund von Hürden, wie überkomplexe Antragsverfahren, durch ihre Eltern nicht in Anspruch genommen werden. Studien schätzen die Nichtinanspruchnahmequote insgesamt auf 37 bis 56 Prozent. Kinder sind häufig davon betroffen.

BILDUNG: DER ANTEIL DER KINDER MIT ZU GERINGEN KOMPETENZEN WÄCHST

Der UNICEF-Bericht zeigt, dass ein wachsender Anteil der Kinder nicht ausreichend gefördert wird und schlechtere Zukunftschancen hat. Immer mehr Kinder können nicht richtig lesen. Jeder vierte Jugendliche (25 Prozent) in Deutschland zählte bei der letzten PISA-Erhebung in 2022 zu den leseschwachen Schülerinnen und Schülern. In 2018 lag der Anteil noch 5 Prozentpunkte darunter. Besonders hoch war der Anteil leseschwacher Jugendlicher im IQB-Bildungstrend in städtisch geprägten Bundesländern. Einen positiven Trend verzeichnet Hamburg, wo seit Anfang der 2000er Jahre systematische Bildungsmonitorings, gezielte Förderprogramme und eine evidenzbasierte Bildungspolitik die Grundkompetenzen fördern und Bildungsungleichheiten abbauen.

Neben den klassischen Lese-, Schreib- und Rechenleistungen sind digitale Kompetenzen für das Leben der Kinder heute wie auch ihre Zukunft von zentraler Bedeutung. Verblüffend ist: Obwohl sich das Leben der Jugendlichen immer mehr in der digitalen Welt abspielt, steigt der Anteil der Jugendlichen, die lediglich über rudimentäre und basale digitale Kompetenzen verfügen. 41 Prozent der Jugendlichen in Deutschland verfügen lediglich über rudimentäre und basale Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien. Kinder in Armut zeigen niedrigere digitale Kompetenzen als Kinder aus Haushalten mit höherem sozioökonomischem Status.

Die Rolle der Eltern bei der Entwicklung von Bildungskompetenzen ist kaum zu überschätzen. Eine gute Nachricht ist, dass viele Eltern diese Rolle aktiv ausfüllen, zum Beispiel durch Vorlesen. Die Mehrheit der Eltern (85 Prozent) liest ihren Kindern täglich oder mehrmals pro Woche vor. Leider lesen weniger Eltern mit niedrigem Bildungshintergrund (70 Prozent) oder Eltern in Armut (72 Prozent) ihren Kindern täglich oder mehrmals pro Woche vor.

SOZIALE BEZIEHUNGEN: KINDER BEWERTEN DIE UNTERSTÜTZUNG DURCH ELTERN UND LEHRKRÄFTE SEHR UNTERSCHIEDLICH

Stabile, vertrauensvolle und unterstützende soziale Beziehungen zur Familie, den Eltern, zu weiteren Bezugspersonen und Gleichaltrigen sind entscheidende Faktoren für die emotionale, soziale und kognitive Entwicklung von Kindern. Gute Beziehungen unterstützen Kinder bei der Bewältigung von Belastungslagen und stärken ihr Wohlbefinden. In Deutschland fühlt sich die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen durch ihre Familien unterstützt. Bei den 15-Jährigen berichtet ein höherer Anteil der

Jungen als der Mädchen von hoher familiärer Unterstützung. Nur 54 Prozent der 15-jährigen Mädchen in Deutschland berichten von einer hohen familiären Unterstützung. In der Schweiz liegt dieser Anteil signifikant höher bei 69 Prozent.

Demgegenüber berichten Mädchen vergleichsweise häufig, dass sie von ihren Freundinnen und Freunden unterstützt werden. In Deutschland erfahren 70 Prozent der Mädchen und 58 Prozent der Jungen eine hohe Unterstützung durch Freundinnen und Freunde. Nur ein kleiner Anteil von 1 Prozent der Kinder und Jugendlichen berichten, keine gute Freundin oder guten Freund zu haben. Insgesamt erscheint es Jugendlichen aus Deutschland im Vergleich zur Schweiz, Norwegen oder auch Ungarn schwierig, Freundinnen oder Freunde in der Schule zu finden.

Lehrkräfte spielen neben der Familie sowie Freundinnen und Freunden eine entscheidende Rolle im Leben der Kinder und Jugendlichen. Umso dramatischer sind die - auch im europäischen Vergleich - sehr negativen Einschätzungen der Jugendlichen in Deutschland zur Unterstützung durch ihre Lehrkräfte. Nur 26 Prozent der 15-jährigen Mädchen in Deutschland nehmen eine hohe Unterstützung durch ihre Lehrerinnen und Lehrer wahr. In Norwegen sind es hingegen 53 Prozent. Kritisch kommt hinzu, dass der Anteil der Kinder, die sich von ihren Lehrkräften gut unterstützt fühlen, fällt. So berichteten beispielsweise 2018 noch 53 Prozent der 13-jährigen Jungen von einer hohen Unterstützung durch Lehrkräfte, 2022 waren es nur noch 39 Prozent.

SICHERES AUFWACHSEN UND RISIKEN: GEFÄHRDUNG DURCH CYBERMOBBING, HALBIERUNG DER GEWALTKRIMINALITÄT

Gewalt und Vernachlässigung, Mobbing und Diskriminierung sind gravierende Gefahren für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Seit der amtlichen Erfassung der Verfahren zur Einschätzung einer möglichen Kindeswohlgefährdung steigen die Zahlen kontinuierlich, auch im Hinblick auf die festgestellten akuten oder latenten Kindeswohlgefährdungen in Deutschland. Dieser Trend ist den Autorinnen und Autoren des Berichts zufolge jedoch auch auf eine höhere Sensibilisierung zurückzuführen.

Cybermobbing hat zu einer neuen Qualität des Mobblings geführt und gefährdet zunehmend die Voraussetzungen für ein sicheres und geschütztes Aufwachsen von Kindern. In einer Befragung geben 8 Prozent der Kinder und Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren an, Opfer von Cybermobbing zu sein. 9 Prozent berichtet von regelmäßigen Mobbing-Erfahrungen. Bestimmte Gruppen sind besonders gefährdet. Mädchen mit Migrationshintergrund haben zu 17 Prozent bereits Mobbing erfahren.

Entgegen einer weitläufigen Wahrnehmung gibt es gute Nachrichten aus dem Bereich der Jugendkriminalität: Auch durch vielfältige Präventionsmaßnahmen von Schule, Jugendhilfe, Polizei und Justiz ist es gelungen, die Gewaltkriminalität unter Jugendlichen im Vergleich zum Jahr 2009 nahezu zu halbieren – auch wenn seit der Pandemie die Zahlen, insbesondere bei den unter 14-jährigen, wieder angestiegen sind.

In einer Zeit, die von vielen Menschen als polarisiert wahrgenommen wird, ist es positiv, dass auch das Risiko einer Radikalisierung im Jugendalter vergleichsweise gering zu bleiben scheint. Der Anteil der Jugendlichen, die in Deutschland rechtsextrem eingestellt sind und entsprechend handeln, liegt einer repräsentativen Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen aus dem Jahr 2020 zufolge bei 3 Prozent; islamistisch-extremistisch seien 2 Prozent der muslimischen Jugendlichen.

GESUNDHEIT: PSYCHISCHE UND PHYSISCHE BESCHWERDEN NEHMEN ZU, VERSORGUNG UND PRÄVENTION HALTEN NICHT SCHRITT

In den vergangenen Jahren und insbesondere seit der Covid-19-Pandemie haben Gesundheitsbeschwerden von Kindern und Jugendlichen deutlich und weltweit zugenommen. 2014 lag der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die mehrfach pro Woche unter mehreren Beschwerden wie Kopfschmerzen, Bauchschmerzen oder Rückenschmerzen litten, bei 24 Prozent. Bis 2022 nahm dieser Anteil um 16 Prozentpunkte auf 40 Prozent zu. Dies ist ein Indikator für weitverbreitete und ernst zu nehmende Belastungen.

Im Kindes- und Jugendalter sind Infektionskrankheiten, Verletzungen, Entwicklungsstörungen und psychische Erkrankungen die häufigsten behandelten gesundheitlichen Beschwerden. Bei den stationär behandelten schweren Verläufen sind psychische Störungen die am häufigsten behandelten Diagnosen. Besonders auffällig ist die hohe Belastung von Mädchen mit psychischen Störungen in der Pubertät. Bei den 14- bis 19-jährigen Mädchen lag 2023 die stationäre Diagnoserate für psychische und Verhaltensstörungen bei 2.673 Fällen je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern – etwa doppelt so hoch wie bei gleichaltrigen Jungen

Damit Erkrankungen angemessen behandelt werden können, muss ein bedarfsgerechter Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen bestehen. Doch insbesondere sozial benachteiligte Regionen im ländlichen Raum sind häufig schlecht versorgt. Kinder in armen Regionen haben nicht nur schlechtere wirtschaftliche Ausgangsbedingungen, sondern oft auch einen erschwerten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung. Der Bericht zeigt, dass in Regionen Ost-Niedersachsens, Sachsen-Anhalts und Mecklenburg-Vorpommerns die Kinderarztdichte sehr gering ist (unter vier Kinderärzte je 10.000 Kinder). In den Ballungsgebieten ist sie mehr als doppelt so hoch.

Gute Gesundheitskompetenzen, also die Fähigkeit, gesundheitsrelevante Informationen einzuordnen, Risiken einzuschätzen und danach zu handeln, sind eine wichtige Voraussetzung, damit Menschen selbstständig ein gesundes Leben führen können. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Knapp ein Viertel der 11- bis 15-jährigen in Deutschland schätzt ihre eigene Gesundheitskompetenz als gering ein. Besonders Kinder aus ärmeren Haushalten fehlen grundlegende Kenntnisse. Hinzu kommt, dass Kinder aus materiell benachteiligten Familien dass Kinder aus materiell benachteiligten Familien schlechtere Ernährungsgewohnheiten zeigen. 17 Prozent der Jungen und 20 Prozent der Mädchen aus benachteiligten Familien konsumieren täglich zuckerhaltige Getränke. Sie essen seltener Obst und Gemüse, nehmen häufiger Süßigkeiten zu sich und haben insgesamt ein erhöhtes Risiko für Übergewicht und Adipositas.

SUBJEKTIVES WOHLBEFINDEN: KRISE DER MENTALEN VERFASSUNG UNTER JUGENDLICHEN

Viele Kinder und Jugendliche in Deutschland sind sehr zufrieden mit ihrem Leben. Allerdings gibt es große Unterschiede, zum Beispiel nach Alter: 51 Prozent der 9- bis 13-jährigen beschreiben ihre Lebenszufriedenheit als „sehr gut“. Bei den 14- bis 17-jährigen sind dies nur 31 Prozent. Unterschiede bei der Lebenszufriedenheit zeigen sich auch zwischen Kindern und Jugendlichen mit Behinderung und ohne Behinderung.

Das psychische Wohlbefinden von Mädchen, insbesondere wenn sie aus einem armen Elternhaus kommen, gibt Anlass zur Sorge: Das psychische Wohlbefinden wird in den ausgewerteten Daten über eine Skala mit Werten von 0-100 gemessen, wobei Werte von 50 oder darunter als Hinweis auf das Vorliegen einer Depression interpretiert werden können. Der durchschnittliche Wert für Mädchen aus einem armen Elternhaus in Deutschland liegt bei 51 – und damit nur minimal über diesem kritischen Grenzwert. Demgegenüber liegt der Wert bei Jungen aus reichen Elternhäusern bei 70. Ähnlich besorgniserregend sind die Daten zu Einsamkeitsgefühlen von Mädchen. Fast jedes dritte 15-jährige Mädchen (32 Prozent) gibt an, sich die meiste Zeit oder immer einsam zu fühlen. Bei den Jungen sind es im gleichen Alter 11 Prozent. Darüber hinaus besteht ein Zusammenhang mit dem Wohlstand der Familie. Kinder aus materiell besser ausgestatteten Elternhäusern berichten seltener von Einsamkeit.

Positiv sind die Ergebnisse zum psychischen Wohlbefinden von jüngeren Kindern in Deutschland. 87 Prozent der 5- bis 11-jährigen geben an, häufig oder sehr oft zu lachen und Spaß zu haben, nur 4 Prozent geben an, häufig Angst zu haben.

UNICEF-EMPFEHLUNGEN FÜR BUND, LÄNDER UND KOMMUNEN

SIEBEN PUNKTE ZUR VERBESSERUNG DER LAGE VON KINDERN UND JUGENDLICHEN IN DEUTSCHLAND

In Deutschland wächst eine Generation heran, von der ein großer Teil auf wirksamere Unterstützung von Staat und Gesellschaft angewiesen ist, um die ungünstigen Startbedingungen auszugleichen. Die Politik, aber auch Verwaltungen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit sind neben den Familien dafür verantwortlich, dass jedes Kind in Deutschland eine Perspektive auf ein gutes Aufwachsen hat. Dafür empfiehlt UNICEF Deutschland:

1. HOCHWERTIGE INFRASTRUKTUR BEREITSTELLEN UND DIE AM STÄRKSTEN BENACHTEILIGTEN KINDER GEZIELT FÖRDERN

Die UN-Kinderrechtskonvention garantiert allen Kindern dieselben Rechte – unabhängig von ihren Eltern und ihrem Vermögen, ihrem Geschlecht oder ihrer Herkunft. Die Ergebnisse des UNICEF-Berichts zeigen jedoch eindrücklich, dass bestimmte Gruppen von Kindern in ihrem Aufwachsen benachteiligt sind. Diese Unterschiede tragen schon früh zu ungleichen Entwicklungsverläufen bei. Für die Kinder ist es entscheidend, ob Staat und Gesellschaft ihnen faire Chancen bieten und ihre Entwicklung nachhaltig fördern.

Mit Blick auf die knappen Ressourcen und zum Ausgleich unfairer Startbedingungen sollten die Gruppen der Kinder, die am stärksten benachteiligt sind, gezielt und besonders stark gefördert werden. Denn diese Kinder und ihre Familien sind in besonderem Maße auf die gesellschaftliche und staatliche Unterstützung angewiesen. UNICEF Deutschland empfiehlt:

- **Investitionen in benachteiligte Kinder priorisieren:** Die öffentliche Hand sollte Investitionen insbesondere dort tätigen, wo wirksam und nachhaltig die besonders benachteiligten Kinder erreicht werden. So trägt sie dazu bei, dass möglichst jedes Kind die Chance auf ein gutes Aufwachsen hat. Darüber hinaus sichern Investitionen in benachteiligte Kinder auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Wohlstand. Denn genau diese Kinder – wie die derzeit über 62.000 Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss – bergen ein großes Potenzial, das ansonsten in Gefahr ist, ungenutzt zu bleiben. Das „Startchancen-Programm“ ist in seiner Konzeption ein gutes Beispiel für ein gezieltes Investitionsprogramm. Es investiert über einen Sozial-Index gezielt in die Schulen mit einer sozioökonomisch benachteiligten Schülerschaft, um deren Bildungschancen zu verbessern. So erreichen Bund und Länder mit dem Programm mit einer deutlich höheren Wahrscheinlichkeit genau die sogenannten Risikokinder, die aktuell ihr Potenzial nicht ausschöpfen können. Das

„Startchancen-Programm“ sollte ausgebaut sowie verstetigt werden und könnte als Vorbild für weitere Bereiche dienen, zum Beispiel im Rahmen eines „Startchancen-Programms“ für Kitas.

- Europäische Initiative einer Garantie für Kinder konsequent umsetzen:** Mit der Europäischen Garantie für Kinder (EU-Kindergarantie) sollen benachteiligte Kinder Zugang zu grundlegenden Leistungen im Bereich Bildung, Gesundheitsversorgung, Ernährung und Wohnraum bekommen. Der Bericht zeigt, dass zu vielen Kindern in Deutschland ein angemessener Zugang zu diesen Leistungen fehlt. Um dem entgegenzuwirken, sollten die von der EU-Kindergarantie vorgesehenen Ziele ambitionierter angegangen und die entsprechenden Maßnahmen konsequent umgesetzt werden. Der dafür von der Bundesregierung entwickelte Nationale Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ bietet dazu einen guten Ausgangspunkt und mit dem Umsetzungszeitraum bis 2030 einen strukturellen, ebenen- und ressortübergreifenden Rahmen. Der Aktionsplan sollte unter Beteiligung von Wissenschaft, Zivilgesellschaft sowie von Kindern und Jugendlichen in der aktuellen Legislaturperiode evaluiert und zu einer Strategie mit überprüfbaren, terminierten Zielen weiterentwickelt werden, um gezielt als effektiv erwiesene Angebote für benachteiligte Kinder und zur Prävention von Kinderarmut in der Fläche bereitzustellen. Länder und Kommunen sollten konkret und verbindlich beteiligt werden bzw. konkret und verbindlich mitwirken.
- Zugänge für geflüchtete Kinder ermöglichen:** Kinderrechte gelten für alle Kinder, die in Deutschland leben, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus. Der Bericht zeigt, wie massiv reduziert die Chancen geflüchteter Kinder auf ein gutes Aufwachsen sind. Das liegt auch daran, dass viele geflüchtete Kinder nach einschneidenden Unterbrechungen der Bildungsverläufe vor und während der Flucht in Deutschland über Monate oder sogar Jahre hinweg einen zumeist nur eingeschränkten Zugang zu Kitas, Schulbildung, Freizeitangeboten oder anderen Betreuungs- und Bildungsleistungen haben. Durch mehr Klarheit auf gesetzlicher Ebene sollten die Bestimmungen zum Schulzugang für geflüchtete Kinder in den Bundesländern angeglichen werden. Darüber hinaus muss über die verschiedenen Ebenen hinweg für mehr gesetzliche Kohärenz gesorgt werden, zum Beispiel zwischen den Vorgaben des EU-Rechts wie der EU-Aufnahmerichtlinie, der Asylgesetzgebung und den jeweiligen Schulgesetzen der Länder. Das sorgt auch für mehr Klarheit bei den Zuständigkeiten der beteiligten Akteure und für verlässlichere Strukturen für die Kinder. Der Mangel an verlässlichen Lernstandserhebungen und einer daran orientierten Unterrichtsentwicklung sollte behoben und die damit verbundenen Herausforderungen standardisiert gelöst werden. Der Bildungszugang für geflüchtete Kinder darf nicht von der hohen Motivation und den individuellen Kompetenzen der beteiligten Akteure abhängen, sondern bedarf einheitlicher, kohärenter und verbindlicher Rahmenbedingungen.

2. FAMILIEN STÄRKEN UND IHRE HANDLUNGSFÄHIGKEIT FÖRDERN

Der Bericht unterstreicht die zentrale Rolle von Eltern bzw. Sorgeberechtigten für das Aufwachsen von Kindern. Eltern prägen mit ihrem Verhalten und ihren Ressourcen das Aufwachsen von Kindern wie niemand sonst. Das deutsche Grundgesetz spricht den Eltern die Pflege und Erziehung ihrer Kinder nicht nur als das natürliche Recht zu, sondern auch als die „zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“. Artikel 6 fügt gleichermaßen Eltern mahnend wie Kinder beschützend hinzu: „Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“ Der Bericht zeigt konkret, wie die finanziellen Ressourcen des Elternhauses das Aufwachsen in Deutschland prägen. Er zeigt aber auch, welche wichtige Rolle emotionale Zuwendung und soziale Interaktion spielen und wie sich das elterliche Verhalten auf die Kinder auswirkt.

Bund, Länder und Kommunen sollten deshalb Eltern noch gezielter stärken. Alle Familien brauchen ausreichende Ressourcen, um ihre Kinder bedarfsgerecht in ihrem Aufwachsen zu unterstützen.

- **Kinder und ihre Familien finanziell absichern:** Die Probleme, die mit dem gescheiterten Konzept der Kindergrundsicherung gelöst werden sollten, betreffen weiterhin jeden Tag Kinder, die in Armut aufwachsen. Es fehlt ein vom Bund verantwortetes, ressortübergreifendes Maßnahmenpaket zur Reduzierung der Kinderarmut, beispielsweise durch den Abbau von Antrags- und Inanspruchnahmebarrieren, die Weiterentwicklung der bestehenden Leistungen sowie die Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Erleichterung der Erwerbsbeteiligung von Eltern. Wie viel Haushaltseinkommen Kinder und ihre Familien konkret benötigen, sollte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zügig partizipativ und bedarfsgerecht im Rahmen einer Neuberechnung des soziokulturellen Existenzminimums erheben und festlegen.
- **Präventions- und Unterstützungsangebote ausbauen:** Der Bericht unterstreicht die zentrale Rolle, die unterstützende Eltern für das Aufwachsen der Kinder haben. Analysen zeigen, dass es weiterhin große Handlungsbedarfe bei der Weiterentwicklung der Unterstützungsstrukturen für Eltern seitens Länder und Kommunen gibt. Dazu gehören die zielgruppenspezifische Förderung der Bekanntheit und Inanspruchnahme der Angebote, die Intensivierung der aufsuchenden Beratungen sowie offenen Angebote und der Ausbau digitaler Angebote in Familienbildung und Beratung. Besonders erfolgsversprechend ist die stärkere Vernetzung der Angebote mit Schulen, Familienzentren, Kitas und Vereinen.

3. BETEILIGUNG UND INTERESSENSVERTRETUNG VON KINDERN STRUKTURELL VERANKERN

Jedes Kind hat das Recht auf Beteiligung. In einer demokratischen Gesellschaft ist die Entwicklung von Handlungsfähigkeit und Selbstwirksamkeit für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen unverzichtbar. Der Bericht zeigt, dass sich viele Jugendliche politisch engagieren, häufig in informellen Zusammenhängen. Allerdings steigt das Engagement mit der Bildung und dem Einkommen der Eltern, sodass Jugendliche aus weniger ressourcenreichen Familien zu wenig repräsentiert sind. UNICEF Deutschland empfiehlt:

- **Kinderbeauftragte auf Bundes- und Länderebene einsetzen:** Damit Kinder partizipieren und ihre Interessen effektiv vertreten werden, empfiehlt sich die Einsetzung von Kinderbeauftragten im Bund und in allen Bundesländern, deren Auftrag und Ressourcen so gestaltet ist, dass sie Kinder verbindlich, bedarfsgerecht, strukturell und wirksam an politischen Angelegenheiten beteiligen können.
- **Kommunen partizipativ zu kinderfreundlicheren Orten machen:** Kommunen müssen Kinder und Jugendliche in alle Entscheidungsprozesse einbeziehen, in denen es um ihre Interessen und Belange geht, zum Beispiel bei der Stadtplanung. Das ist keine freiwillige Aufgabe von Kommunen, sondern schon heute gesetzlich vorgesehen, aber vielfach noch nicht in der Verwaltungspraxis angekommen. Partizipation schafft auch demokratische Strukturen und eine stärkere Bindung der Heranwachsenden an die Kommune. Kommunen sollten deshalb ein vielfältiges und zielgruppengerechtes kommunales Beteiligungskonzept haben. Kinder- und Jugendbeiräte können ein wirkungsvolles Instrument sein, aber auch neue Formate, die mit Kindern und Jugendlichen selbst entwickelt werden. Gute Beispiele finden sich unter den rund 60 Kommunen, die an der Initiative „Kinderfreundliche Kommunen“ von UNICEF Deutschland und dem Deutschen Kinderhilfswerk beteiligt sind.
- **Zielgruppengerechte Zugänge zu politischen Beteiligungsformaten:** Damit alle Kinder und Jugendlichen die Chance haben, sich altersgerecht politisch zu beteiligen, sind auf allen Ebenen wirksame und zielgruppengerechte Angebote sowie Zugänge zu diesen Beteiligungsmöglichkeiten nötig. Die Ergebnisse des Berichts zeigen einerseits, wie hoch das Interesse der Jugendlichen an Politik ist. Zum anderen zeigt sich aber auch, wie heterogen, wenig institutionalisiert, wenig nachhaltig und teils folgenlos die Beteiligungsformen und -prozesse sind. Nachhaltig etablierte Partizipationsangebote sollten dementsprechend unter direkter Beteiligung von Jugendlichen entwickelt und umgesetzt werden. So wird garantiert, dass Angebote nicht an der Zielgruppe vorbei entwickelt werden.
- **Schulen als Orte gelebter Partizipation gestalten:** Schulen sind im Lebensverlauf zentrale institutionelle Orte, an denen Kinder mit Erwachsenen ihren Alltag organisieren. Kinder sind nicht nur passive Empfänger von Bildung. Sie sollten immer aktiv in das Schul- und Lernumfeld eingebunden sein. Schulen sollten die Möglichkeit, Partizipation zu leben, als Chance begreifen und gezielt fördern. Programme, wie die UNICEF-Kinderrechtsschulen, bieten den beteiligten Ländern und Schulen die Chance, vor Ort die entsprechenden Rahmenbedingungen und Prozesse zu entwickeln.

4. STÄDTE UND GEMEINDEN FÜR KINDER LEBENSWERT MACHEN

Kinder brauchen sichere, anregende Orte für ein gutes Aufwachsen. Umso kritischer ist es daher, dass so viele Kinder langfristig in Unterkünften, überbelegten Wohnungen und insgesamt prekären Wohnverhältnissen leben. Ein gutes Wohnumfeld kann manche Problemlagen zumindest teilweise kompensieren. Der UNICEF-Bericht zeigt jedoch, wie stark sich Regionen und Wohnquartiere in Deutschland unterscheiden. In sozial benachteiligten Stadtvierteln und Regionen gibt es häufig keine ausreichenden Angebote für Freizeit, Kultur und Sport. Spielplätze, Sportanlagen und Grünflächen fehlen oder sind in schlechtem Zustand. In dünn besiedelten, ländlichen Gebieten fehlen wichtige Angebote oder sind mit langen und teuren Anfahrtszeiten verbunden. Segregierte Nachbarschaften tragen zur Vertiefung der sozialen Ungleichheit bei. Das hat konkrete Auswirkungen auf das Aufwachsen von Kindern. UNICEF Deutschland empfiehlt:

- **Familien mit Kindern schnellstmöglich in eigenen Wohnungen unterbringen:** Staatliche bzw. kommunale Unterkünfte sind in aller Regel keine Orte, an denen Kinder gut aufwachsen können. Länder und Kommunen sollten Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern bzw. Sorgeberechtigten bestenfalls in eigenen Wohnungen unterbringen. Solange es an manchen Orten keine Alternativen zur staatlichen Unterbringung gibt, sollten der Bund und die Länder die maximale Verweildauer von Kindern und Jugendlichen in Unterkünften so kurz wie möglich halten und Mindeststandards wie die seit 2016 entwickelten Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften zwingend umsetzen.
- **Benachteiligte Wohnviertel kindgerecht gestalten:** Gerade in benachteiligten Quartieren ist der Bedarf an öffentlichen, kostenlosen Angeboten für Kinder und Jugendliche groß. Kinder brauchen zum Aufwachsen altersgerechte Orte, insbesondere dort, wo ihre eigenen Wohnungen und Familien diese nicht selbst bereitstellen können. Kommunen haben die Aufgabe, (benachteiligte) Wohnviertel partizipativ kindgerecht zu gestalten. Programme wie die Kinderfreundlichen Kommunen können diese Arbeiten konzeptionell begleiten. Finanziell können Instrumente wie der Europäische Sozialfonds oder vom Bund geförderte Programme wie das Programm „Sozialer Zusammenhalt“ die Umsetzung durch die Kommunen unterstützen.
- **Kooperationen zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Schulen stärken:** Der Ausbau der Nachmittagsbetreuung im Zuge des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder eröffnet die Chance, die Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendhilfe und Eltern neu zu gestalten. Statt isolierter Strukturen sollte ein integriertes Ganztagskonzept angestrebt werden, das die Interessen, Bedürfnisse und Perspektiven der Kinder selbst zum Ausgangspunkt macht. Die Kinder- und Jugendhilfe bringt ihre Verankerung in der Zivilgesellschaft und ihre weitreichenden Kompetenzen, zum Beispiel in der Schulsozialarbeit, Kinder- und Jugendarbeit oder Elternarbeit ein. Durch die enge Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Trägern und die Partizipation der Zielgruppen können vielfältige, zielgruppengerechtere und attraktive Angebote entstehen, die über den schulischen Rahmen hinausgehen und echte Teilhabe ermöglichen.

Die Länder sollten hierfür in Abstimmung mit den Kommunen die Voraussetzungen schaffen, die vor Ort umgesetzt werden. Eine solche abgestimmte Zusammenarbeit schafft nicht nur organisatorische Synergien, sondern erhöht die Chancen, alle in Deutschland aufwachsenden Kinder zu erreichen.

5. DIGITALE KOMPETENZEN ALLER GENERATIONEN AUSBAUEN

Kinder haben ein Recht auf kindgerechte und sichere Teilhabe an der digitalen Welt. Kindheit und Jugend findet heute mit allen Facetten auch im Internet statt. Das birgt Chancen, aber auch Risiken. Umso alarmierender ist daher die Erkenntnis, dass die digitalen Kompetenzen von Jugendlichen trotz der steigenden Nutzung sinken. Kinder und Jugendliche sind damit konkreten Gefahren im Alltag ausgesetzt und riskieren ihre Zukunftschancen in einer von digitalen Medien geprägten Welt. UNICEF Deutschland empfiehlt:

- **Ressourcen ausbauen und digitale Kompetenzen besser vermitteln:** Jede Schule braucht eine funktionierende Infrastruktur für den zeitgemäßen Einsatz digitaler Medien. Bundesweit einheitliche Mindeststandards können den Einsatz und die Verwaltung digitaler Geräte regeln und, zusammen mit ausreichender Finanzierung durch Bund und Länder wie im Rahmen des Digitalpakt Schule, zum Abbau regionaler Ungleichheiten beitragen. Auch außerschulische Einrichtungen wie Jugendzentren, Medienwerkstätten oder Bibliotheken sollten so ausgestattet sein, dass sie, in Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen, digitale Medien als Werkzeug, Inhalt und kritisch reflektiertes Thema einsetzen können und Jugendliche in ihrer Lebenswelt abholen.
- **Digitale Kompetenzen bei Erwachsenen ausbauen:** Um fehlende digitale Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen besser adressieren zu können, sollten auch Erwachsene selbst mehr digitale Kompetenzen aufbauen. Pädagogische Fachkräfte, Lehrkräfte, aber auch Eltern sollten sich kompetent in der digitalen Welt bewegen können, um diesen Umgang vorleben und vermitteln zu können. Dazu müssen Angebote der Familienbildung, aber auch passende Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote wirksam beitragen.
- **Gesetzgebung kontinuierlich ausbauen und Strafverfolgung ermöglichen:** Die Gesetzgebung sollte vorausschauend und angepasst an die schnelllebige digitale Welt aktualisiert und durchgesetzt werden, um Kinder besser im digitalen Raum zu schützen. Dazu gehören klare rechtliche Rahmenbedingungen für Technologien zur Bekämpfung von Online-Straftaten, insbesondere Online-Kindesmissbrauch, die Angleichung nationaler Gesetze an internationale Menschenrechtsstandards sowie ausreichende Investitionen in Polizei und soziale Dienste. Betreiber von digitalen Technologien müssen wirksam in die Verantwortung genommen werden, geltende Gesetze umzusetzen und beispielsweise schnell und zuverlässig Delikte zu löschen, wirksame Zugangsbeschränkungen umzusetzen oder Hilfe zu ermöglichen.

6. MENTALE GESUNDHEIT VON JUGENDLICHEN STÄRKEN UND NIEDRIGSCHWELIGE ANGEBOTE AUSBAUEN

Mit der Pandemie ist die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Der Bericht zeigt, dass das mentale Wohlbefinden bei Jugendlichen und insbesondere bei Mädchen häufig beeinträchtigt und Einsamkeit überraschend weit verbreitet ist. Psychische Erkrankungen und Verhaltensstörungen sind die häufigsten Diagnosen im stationären Bereich. Solche Erkrankungen sollten nicht unbehandelt bleiben, da ein hohes Risiko für eine Chronifizierung besteht, was das Leben bis ins hohe Erwachsenenalter stark einschränken kann. UNICEF Deutschland empfiehlt: Gesundheitskompetenzen in den Schulen vermitteln: Knapp ein Viertel der 11- bis 15-jährigen in Deutschland schätzt die eigene Gesundheitskompetenz als gering ein. In den Schulen sollten Gesundheitskompetenzen systematisch in den Lehrplänen verankert werden und die Strukturen, Personalentwicklung und Unterrichtskultur der Schulen die Gesundheit aller Beteiligten systematisch unterstützen.

- **Gesundheitskompetenzen in den Schulen vermitteln:** Knapp ein Viertel der 11- bis 15-jährigen in Deutschland schätzt die eigene Gesundheitskompetenz als gering ein. In den Schulen sollten Gesundheitskompetenzen systematisch in den Lehrplänen verankert werden und die Strukturen, Personalentwicklung und Unterrichtskultur der Schulen die Gesundheit aller Beteiligten systematisch unterstützen.
- **Zentrale Orte wie Kitas und Schulen nutzen:** Kitas und Schulen sind Orte, an denen fast alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland erreicht werden können. Kooperationen mit psychosozialen Unterstützungsstrukturen wie psychologischen Fachdiensten, mobilen sonderpädagogischen Hilfen und Diensten, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, Beratungslehrerinnen und -lehrern, Schulpsychologinnen und -psychologen können hier niedrigschwellig etabliert werden. Dafür bedarf es mehr als das individuelle Engagement einzelner Schulen, nämlich die Unterstützung durch Länder und Kommunen bei der koordinierten Vernetzung und dem Ausbau der Angebote.
- **Angebote geschlechtersensibel und partizipativ entwickeln:** Das psychische Wohlbefinden von Mädchen, insbesondere wenn sie aus benachteiligten Familien kommen, gibt Grund zur Sorge. Es braucht weitere Analysen, welche Faktoren zu diesen geschlechtsspezifischen, in Deutschland besonders ausgeprägten, Unterschieden führen. Darauf aufbauend braucht es geschlechtersensible Angebote, die gezielt die Bedarfe dieser Mädchen adressieren und sie wirksam erreichen. Solche Angebote können nur in direktem Austausch mit Kindern und Jugendlichen selbst wirksam entwickelt und umgesetzt werden.

7. KINDERN POLITISCHE PRIORITÄT GEBEN – WIRKUNGSVOLL, EVIDENZBASIERT UND KINDERRECHTLICH BEGRÜNDET

Der UNICEF-Bericht zeigt, dass sich die Lage der Kinder in Deutschland in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen im Vergleich zu früheren Berichten nicht verbessert, teilweise sogar verschlechtert hat. Gleichzeitig wird deutlich, welch großes Potenzial für die weitere Entwicklung Deutschlands in der jungen Generation steckt und wie prioritär die Unterstützung gerade benachteiligter Kinder und Jugendlicher ist. Mit Aktivitäten wie dem Nationalen Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“, dem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung oder der Jugendstrategie hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren längerfristig angelegte Maßnahmenpakete und grundsätzliche Ausrichtungen für eine wirkungsvollere, ressort- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit in der Politik initiiert. Neue Institutionen wie Kinderbeauftragte in Ländern und Kommunen dienen der langfristigen Absicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen. Trotzdem bestehen weiterhin große Handlungsbedarfe, damit Politik das Leben von Kindern und Jugendlichen wirkungsvoll und nachhaltig verbessert und um zu erreichen, dass die nachwachsende Generation sich von Politik und Gesellschaft ernst genommen, gesehen und vertreten fühlt. UNICEF Deutschland empfiehlt:

- **Politik braucht Evidenz:** Politik für Kinder kann nur nachhaltig, strategisch und wirkungsvoll sein, wenn sie ausreichende Informationen zur Lage der Kinder und zur Wirkung der sie betreffenden politischen Maßnahmen hat. Bis dato besteht beispielsweise kein Überblick darüber, wie Leistungen, die in Kinder investiert werden, wirken, oder auch nur, wie viele geflüchtete Kinder in Erstaufnahmeeinrichtungen in Deutschland leben und welchen Zugang zur Schulbildung sie haben. Für eine wirkungsvolle Politik sind daher ein verstetigtes, kontinuierliches Monitoring der Situation von Kindern und Jugendlichen sowie bedarfsgerechte Evaluationen politischer Interventionen notwendig – als Fundament für die erfolgreiche Weiterentwicklung der Maßnahmen.
- **Nationale und internationale Erfahrungen nutzen und partizipativ weiterentwickeln:** In den vergangenen Jahren wurden in der Kinder- und Familienpolitik verschiedene Ansätze probiert, die teils wenig, teils sehr gut funktionierten. Politik sollte stärker auf die erfolgreichen Initiativen aufbauen und sie ausweiten bzw. übertragen. Dazu gehören zum Beispiel die Frühen Hilfen, die bereits seit vielen Jahren die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Fachkräfte wirkungsvoll koordinieren. Wo immer möglich und sinnvoll, sollten Kinder und Jugendliche selbst in die Weiterentwicklung von Instrumenten und Maßnahmen eingebunden werden. Zudem lohnt sich ein Blick ins europäische Ausland: Länder wie Polen haben ihre Kinderarmutsraten wirkungsvoll gesenkt. In Finnland sind Jugendliche im internationalen Vergleich besonders zufrieden. Politik in Deutschland kann auch aus den Erfahrungen anderer Länder lernen.
- **Kinderrechte im Grundgesetz verankern:** Mit einer ausdrücklichen Aufnahme der international vereinbarten Kinderrechte im deutschen Grundgesetz würde die Position von Kindern gestärkt und gegenüber Kommunen, Gerichten, Parlamenten und auch in der Öffentlichkeit klargestellt, dass diese Rechte in Deutschland gelten. Nach vielen Jahren Debatte wäre dies ein positives Signal für eine Kindern zugewandte Gesellschaft.



Deutsches Komitee für UNICEF e.V.

Höninger Weg 104 · 50969 Köln

Tel.: 0221/93650-0

E-Mail: mail@unicef.de

www.unicef.de

Büro Berlin

Schumannstraße 18 · 10117 Berlin

Tel: 030/2758079-10

E-Mail: bueroberlin@unicef.de

Spendenkonto:

IBAN: DE57 3702 0500 0000 3000 00

Bank für Sozialwirtschaft Köln



Das DZI Spenden-Siegel bescheinigt
UNICEF Deutschland eine seriöse und
vertrauenswürdige Mittelverwendung.